



BU 142 / 2016

Stadt Weinstadt
Prüfungsamt

Bericht
über die
örtliche Prüfung

Jahresrechnung
2015



Vorblatt

Stadt		Weinstadt
Einwohnerzahl	(Stand 30.6.2014) (Stand 30.6.2015)	26.307 26.445 ¹⁾
Leiter der Verwaltung		Oberbürgermeister Oswald
Erster Beigeordneter		Erster Bürgermeister Deißler
Fachbeamter für das Finanzwesen		Herr Weingärtner
Leiter des Prüfungsamts		Herr Ißler
Datenschutzbeauftragte seit 01.12.2014 seit 19.07.2016		Frau Sartorius Frau Hampele

¹⁾ Den Vergleichszahlen in €/Ew. liegt die Einwohnerzahl zum 30.06.2015 zugrunde.
Einwohnerzahlen auf Basis Zensus 2011

	Impressum
Herausgeber	Stadt Weinstadt Prüfungamt
Stand	29. August 2016
Kontakt	Stadt Weinstadt Prüfungamt Dietmar Ißler Traubenstraße 2 71384 Weinstadt Tel.: 07151 / 693-101 d.issler@weinstadt.de



Inhaltsverzeichnis

I.	Wesentliche Ergebnisse der Prüfung	5
II.	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
1	Gesamtwirtschaftliche Lage	6
2	Entwicklung der Kommunalfinanzen	7
III.	Prüfungstätigkeit im Berichtszeitraum	9
3	Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2014.....	9
4	Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015.....	9
5	Örtliche Prüfung der Eigenbetriebe	9
6	Weitere Aufgaben	9
IV.	Überörtliche Prüfung	10
7	Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2009 – 2013.....	10
8	Allgemeine Finanzprüfung der Wirtschaftsjahre 2011 – 2014	10
V.	Haushaltswirtschaft der Stadt	10
9	Haushaltssatzung 2015	10
10	Finanzzwischenbericht.....	11
11	Jahresrechnung 2014	11
12	Jahresrechnung 2015	11
13	Kassenmäßiger Abschluss.....	11
14	Rechnungsergebnis	11
15	Haushaltsvolumen und Planvergleich	12
16	Kassenreste.....	12
17	Haushaltsreste.....	13
VI.	Verwaltungshaushalt	14
18	Realsteuern	14
19	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	15
20	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	16
21	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen.....	16
22	Finanzzuweisungen	16
23	Umlagen	16
	Verwaltungs- und Betriebsbereich.....	17
24	Betriebseinnahmen.....	18
25	Betriebsausgaben.....	18



26	Gesamtverlauf	24
27	Zuführung zum Vermögenshaushalt	24
28	Netto-Investitionsrate	24
VII.	Vermögenshaushalt	26
29	Investitionen.....	26
30	Rücklagen.....	26
31	Liquidität	27
32	Vermögensrechnung.....	27
33	Schuldenstand	27
VIII.	Wesentliche Ergebnisse der örtlichen Prüfung	29
34	Dienstreisen, Reisekosten	29
35	Silcherschule Endersbach.....	29
36	Nahwärmeversorgung.....	29
37	Kinderhaus Großheppach	29
38	Städtebauliche Sanierung.....	29
39	VOB / VOL.....	29
40	Energiemanagement.....	30
41	Gemeindehalle Strümpfelbach	30
42	Abwicklung Zweckverband Müllabfuhr Unteres Remstal.....	30
43	Vergnügungssteuer.....	30
IX.	Abschließendes Ergebnis der Prüfung.....	31
Anlage 1 Kennzahlen der Finanzwirtschaft		32
Anlage 2 Kassenbestand		33
Anlage 3 Verzeichnis der Prüfberichte		34



I. Wesentliche Ergebnisse der Prüfung

Die **Formalien** für den Erlass der Haushaltssatzung, der Nachtragshaushaltssatzung und die Aufstellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht wurden eingehalten.

Die Netto-Steuereinnahmen sind um 135 T€ gestiegen	↗	24,0 Mio. €
Die Betriebseinnahmen haben sich um 463 T€ erhöht	↗	11,3 Mio. €
Die Personalausgaben sind um 674 T€ gestiegen	↘	17,7 Mio. €
Die übrigen Betriebsausgaben sind um 607 T€ gewachsen	↘	13,1 Mio. €
Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt sank um 684 T€	↘	4,4 Mio. €
Die Netto-Investitionsrate hat um 808 T€ abgenommen	↘	3,6 Mio. €
Die Investitionsausgaben sind um 4,1 Mio. € gesunken		8,6 Mio. €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	↗	0,5 Mio. €
Bestand der allgemeinen Rücklage	↘	1,9 Mio. €
Frei verfügbare Mittel der allgemeinen Rücklage	↘	0,7 Mio. €
Der Soll-Schuldenstand (incl. kreditähnliches Rechtsgeschäft) hat um 1,1 Mio. € zugenommen	↘	10,3 Mio. €

Die Feststellungen der Sachprüfungen konnten im Prüfungsverfahren ausgeräumt werden.

↗ = Ergebnis besser als im Vorjahr

↘ = Ergebnis schlechter als im Vorjahr



II. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1 Gesamtwirtschaftliche Lage

Wirtschaftswachstum **1,7 %**

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war 2015 durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum geprägt, das vor allem durch den privaten Konsum getragen wurde. Für das Gesamtjahr ergibt sich ein durchschnittlicher Anstieg von 1,7 %.

Für Baden-Württemberg entstand auch im Gesamtjahr 2015 ein Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Für das laufende Jahr geht die Bundesregierung von einem Wachstum von 1,7 % aus.

Arbeitslosenquote **6,4 %**

Die Arbeitslosenquote ist im Jahresdurchschnitt 2015 auf 6,4 % zurückgegangen (2014: 6,7 %). Nach einer deutlichen Steigerung im ersten Quartal sank sie im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich. Durchschnittlich waren 2,8 Millionen Menschen arbeitslos.

In Baden-Württemberg lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mit 3,8 % leicht unter dem Wert des Vorjahres (2014: 4,0 %). Die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg sank auf rund 227.000.

Arbeitslosenquote im Dez.	2013	2014	2015
Bund	6,7 %	6,4 %	6,1%
Baden-Württemberg	3,9 %	3,8 %	3,7%
Rems-Murr-Kreis	3,7 %	3,7 %	3,5%

Inflationsrate **+0,3 %**

Die Preissteigerung ist mit +0,3 % geringer als im Vorjahr (+0,9 %). Bedingt wurde dies durch den Rückgang der Energiepreise (-7 %).

Die Preissteigerung in Baden-Württemberg lag bei 0,2 %.

Außenwirtschaft **256 Mrd. €**

Die Leistungsbilanz schloss mit einem Überschuss von 256 Mrd. € ab (2014: 213 Mrd. €).

Quellen: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 07/2016
Statistisches Bundesamt
Statistisches Landesamt BW
Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
Frühjahrsprojektion der Bundesregierung 2016

2 Entwicklung der Kommunalfinanzen

Soweit nicht anders bezeichnet, beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen auf alle Kommunen in Baden-Württemberg zusammen (kreisangehörige Gemeinden sowie Stadt- und Landkreise).

Der Betrag, um den die Einnahmen die Ausgaben übersteigen (Finanzierungssaldo) ist auf 941 Mio. € angestiegen. Bei einer Einzelbetrachtung des Finanzierungssaldos der kreisangehörigen Gemeinden zeigt sich, nach dem Einbruch in den beiden Vorjahren, 2015 wieder eine Steigerung um 609 Mio. € auf 703 Mio. €.

Die Erhöhung wurde unter anderem durch einen Zuwachs bei den Steuereinnahmen verursacht.

Aus dem Saldo der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und dem Abzug der ordentlichen Tilgungen ergibt sich die Netto-Investitionsrate. Sie hat sich 2015 auf 2,85 Mrd. € erhöht (+320 T€).

Die Investitionstätigkeit ging bei den kreisangehörigen Gemeinden 2015 leicht zurück.

Einnahmen

Die Nettosteuerereinnahmen (Steuereinnahmen abzgl. Gewerbesteuerumlage) haben 2015 mit 13,8 Mrd. € einen neuen Rekord erreicht. Die Steigerung in Höhe von 7,6 % fiel sehr hoch aus und liegt über dem Durchschnitt der anderen Flächenländer in Deutschland.

Im Jahr 2015 war die Gewerbesteuer mit 5,6 Mrd. € die größte Position der Nettosteuerereinnahmen. Es konnten Mehreinnahmen von 482 Mio. € verzeichnet werden, davon 316 Mio. bei den kreisangehörigen Gemeinden.

Die zweitgrößte Einnahmequelle war der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, dieser betrug 5,5 Mrd. € (+323 Mio. €).

Über die Grundsteuer konnten Einnahmen von 1,7 Mrd. € erzielt werden (+31 Mio. €). Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergaben sich Erträge von 654 Mio. € (+96 Mio. €).

Die Bagatellsteuern erreichten eine Höhe von 304 Mio. €. Die deutliche Einnahmensteigerung von 13,3 % entstand durch die Vergnügungssteuer.

Die Gebühreneinnahmen der Kommunen betragen 2,1 Mrd. €, gegenüber dem Vorjahr konnte eine deutliche Erhöhung um 108 Mio. € verzeichnet werden.

Auf die kreisangehörigen Gemeinden entfiel davon ein Gebührenanteil von 1,4 Mrd. €. Nicht berücksichtigt sind dabei Gebühren, die von Eigenbetrieben o.Ä. erhoben werden.

Das Land hat den Kommunen im Vergleich zu 2014 erneut höhere Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen zur Verfügung gestellt. Sie lagen bei 11,8 Mrd. € (+932 Mio. €). Die darin enthaltenen Schlüsselzuweisungen haben um 5,6 % auf 6 Mrd. € zugenommen.

Dem Vermögenshaushalt flossen 2015 Einnahmen von nahezu 2,5 Mrd. € zu (+4,3 %). Die Steigerung beruhte vor allem auf Rückflüssen aus Darlehen sowie Einnahmen aus der Veräußerung des Anlagevermögens.



Ausgaben

Die Gesamtausgaben der Kommunen haben sich 2015 um 1,9 Mrd. € (+5,2 %) erhöht, davon entfielen 1,7 Mrd. € auf die Steigerung der laufenden Ausgaben.

Es entstanden Personalausgaben in Höhe von 8,5 Mrd. €, die Steigerung betrug 4,5 %. Wie bereits 2014 wurde dies sowohl durch Lohnerhöhungen, als auch durch einen gestiegenen Personalbestand, insbesondere im Bereich der Kindertagesstätten, verursacht.

Die Erhöhung der laufenden Sachausgaben um 6,8 % auf 6,4 Mrd. € liegt deutlich über der Preissteigerungsrate. Ursächlich dafür sind vermutlich die anhaltenden Bestrebungen der Kommunen, bisher aufgeschobene Sanierungen angesichts der hohen Einnahmen durchzuführen.

Darüber hinaus haben die Ausgaben für soziale Leistungen ein neues Rekordhoch von 6,1 Mrd. € erreicht, die Steigerung von 5,8 % liegt ein Prozentpunkt über der des Vorjahres.

Die Zinsausgaben sind auf 206 Mio. € zurückgegangen (-20 Mio. €). Der aus dem Verhältnis von Zinsausgaben und dem Kreditbestand errechnete durchschnittliche Zins sank 2015 erneut und betrug noch 3,3 % (2014: 3,7 %).

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts stiegen um 180 Mio. € auf 5,4 Mrd. € an. Eine getrennte Betrachtung der einzelnen Körperschaftsgruppen zeigt jedoch, dass lediglich bei den Landkreisen eine Ausgabensteigerung (+50,3 %) zu verzeichnen war. Bei den Stadtkreisen und kreisangehörigen Gemeinden gingen die Ausgaben zurück (-0,5 % bzw. -1,5 %).

Schulden

Nach der Kassenstatistik sind die Kernhaushalte der Kommunen mit fast 6,1 Mrd. € verschuldet. Mit den Kassenkrediten liegt die Verschuldung bei 6,2 Mrd. €. Nach einem Rückgang im letzten Jahr sind die Schulden 2015 wieder um 140 Mio. € gestiegen.

Entwicklung 2016 und Ausblick 2017

In der Mai-Steuerschätzung wird für das Jahr 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,7 % angenommen. Es kann mit Nettosteureinnahmen von 13,9 Mrd. € (+100 Mio. €) gerechnet werden.

Gleichzeitig müssen die Kommunen aber auch wieder mit höheren Personalausgaben (+5 %) sowie gestiegenen Sachausgaben (+6 %) rechnen. Es wird davon ausgegangen, dass die Investitionen 2016 auf dem Niveau des Vorjahres bleiben.

Da die Basis für den Finanzausgleich 2016 das steuerstarke Jahr 2014 ist, hat dies für Kommunen höhere Umlagezahlungen zur Folge.

Die Ausgaben werden voraussichtlich stärker steigen als die Einnahmen, aus diesem Grund wird erwartet, dass der Finanzierungssaldo 2016 auf 600 Mio. € sinkt.

Für das Jahr 2017 werden erneut höhere Steuereinnahmen prognostiziert. Gleichzeitig muss aber auch mit steigenden Ausgaben gerechnet werden. Die GPA geht 2017 bei einer optimistischen Betrachtung von einem Finanzierungssaldo von 1,3 Mrd. € aus.



III. Prüfungstätigkeit im Berichtszeitraum

3 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2014

Prüfungsverfahren ist abgeschlossen

Die Prüfung der Jahresrechnung 2014 wurde mit dem Schlussbericht vom 19.08.2015 fristgerecht abgeschlossen. Der Gemeinderat hat den Schlussbericht am 08.10.2015 zur Kenntnis genommen.

4 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015

Keine nennenswerten Feststellungen

Das Prüfungsamt hat die Jahresrechnung vor deren Feststellung durch den Gemeinderat zu prüfen (§ 110 Abs. 1 GemO). Es fasst seine Feststellungen in einem Schlussbericht zusammen, der dem Gemeinderat vorzulegen ist.

Grundlage für die Prüfung der Jahresrechnung waren der Ausdruck der Jahresrechnung vom 29.06.2016 und der Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung.

Zur Vorbereitung der Prüfung wurden Maßnahmen bereits während des Jahres begleitend geprüft. Hierfür wurden im Prüfungszeitraum verschiedene Vorgänge nach Schwerpunkten und Stichproben ausgewählt (vgl. Anlage 3). Auch die Ergebnisse dieser Prüfungen wurden bei der Prüfung der Jahresrechnung berücksichtigt.

5 Örtliche Prüfung der Eigenbetriebe

Berichte sind erstellt

Die Stadt Weinstadt hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Eigenbetriebe „Stadtwerke Weinstadt“ und „Stadtentwässerung Weinstadt“ gebildet.

Die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe unterliegen ebenfalls der örtlichen Prüfung (§ 111 GemO). Über diese Prüfungen wurden gesonderte Berichte erstellt.

6 Weitere Aufgaben

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen nahm das Prüfungsamt weitere Aufgaben wahr, die teilweise erheblichen zeitlichen Aufwand erforderten:

- Organisatorische Bearbeitung der überörtlichen Prüfung der Bauausgaben 2009 - 2013 durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA)
- Kassenüberwachung beim Wasserverband Endersbach-Rommelshausen
- Prüfung und begleitende Beratung der Remstal-Route e.V.
- Prüfung des WeinStadtMarketing w.V.
- Prüfung des Zuschusses an den Ausländerbeirat
- Prüfung des Jahresabschlusses und begleitende Beratung beim Abendgymnasium Unteres Remstal
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „IKZ-Revision Rems-Murr-Kreis“
- Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft der Rechnungsprüfungsämter Stuttgart/Tübingen



- Liquidationsbeauftragung für den Zweckverband Müllabfuhr Unteres Remstal (Juli 2015 abgeschlossen)
- Beauftragte für den Datenschutz (Frau Sartorius)

Darüber hinaus beraten das RPA und die Datenschutzbeauftragte die Verwaltung im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bereits im Vorfeld von Entscheidungen. Dabei kann selbstverständlich nicht die Sachbearbeitung für die Fachämter übernommen werden.

IV. Überörtliche Prüfung

7 Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2009 – 2013

Prüfungsverfahren durch uneingeschränkten Bestätigungsvermerk abgeschlossen

Die GPA hat die Bauausgaben der Jahre 2009 – 2013 der Stadt Weinstadt, der Eigenbetriebe Stadtwerke und Stadtentwässerung, sowie des Wasserverbands Endersbach- Rommelshausen geprüft.

Das Regierungspräsidium Stuttgart erteilte mit Erlass vom 12.03.2015 eine uneingeschränkte Abschlussbestätigung nach § 114 Abs. 5 Satz 2 GemO.

Der Gemeinderat wurde hiervon am 29.04.2015 unterrichtet (BU 059 / 2015).

8 Allgemeine Finanzprüfung der Wirtschaftsjahre 2011 – 2014

Die turnusmäßige überörtliche Prüfung der Kassen-, Haushalts- und Rechnungsführung der Stadt wurde 2016 von der GPA durchgeführt. Auch die Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der Eigenbetriebe wurde geprüft.

Das Ergebnis lag bei Erstellung des Prüfberichts noch nicht vor.

V. Haushaltswirtschaft der Stadt

9 Haushaltssatzung 2015

Haushaltssatzung rechtmäßig erlassen

Die Haushaltssatzung soll der Rechtsaufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorliegen (§ 81 Abs. 2 GemO).

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat die Gesetzmäßigkeit der vom Gemeinderat am 11.12.2014 beschlossenen Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit Erlass vom 16.01.2015 bestätigt. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen und der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wurden genehmigt. Weitere genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten.

Die Haushaltssatzung wurde am 04.02.2015 öffentlich bekannt gemacht und zusammen mit dem Haushaltsplan vom 09.02.2015 bis 18.02.2015 öffentlich ausgelegt.



10 Finanzaussagenbericht

Der Gemeinderat wurde über die aktuelle Finanzlage zum 30.06.2015 am 23.07.2015 mit einem Finanzaussagenbericht (BU 135/2015) informiert.

11 Jahresrechnung 2014

Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen

Der Gemeinderat hat die Jahresrechnung 2014 am 07.10.2015 festgestellt.

Der Feststellungsbeschluss wurde am 14.10.2015 ortsüblich bekannt gemacht. Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht wurden vom 19.10.2015 bis 29.10.2015 öffentlich ausgelegt.

Der Beschluss über die Feststellung der Jahresrechnung wurde mit Bericht vom 03.11.2015 dem Regierungspräsidium Stuttgart und der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg mitgeteilt.

12 Jahresrechnung 2015

Jahresrechnung rechtzeitig und vollständig aufgestellt

Die Pflichtbestandteile der Jahresrechnung sind in § 39 GemHVO (kameral) festgelegt. Sie besteht aus dem kassenmäßigen Abschluss, der Haushaltsrechnung und der Vermögensrechnung. Beizufügen sind ein Anlagennachweis, ein Rechnungsquerschnitt, eine Gruppierungsübersicht sowie ein Rechenschaftsbericht.

Die Haushaltsrechnung wurde am 29.06.2016 aufgestellt und durch den Rechenschaftsbericht erläutert. Alle geforderten Bestandteile und Anlagen sind enthalten.

Die Feststellung durch den Gemeinderat kann nach Kenntnisnahme dieses Berichts erfolgen.

13 Kassenmäßiger Abschluss

Kassenbestand hat sich verringert

Der kassenmäßige Abschluss (Jahresrechnung S. 6) entspricht der vorgeschriebenen Form. Er wurde am 28.06.2016 erstellt und vom Fachbediensteten für das Finanzwesen unterschrieben.

Der Kassenbestand der Stadt – ohne Eigenbetriebe – verringerte sich um 386 T€ auf

4.011.215 €.

Der Nachweis des Kassenbestands ist in Anlage 2 dargestellt.

14 Rechnungsergebnis

Rücklagenentnahme

Die Jahresrechnung schließt mit einem Fehlbetrag von 478.646 € ab. Dieser wurde den Rücklagen entnommen.

Zur Entwicklung der allgemeinen Rücklage wird auf Randnummer 30 verwiesen.



15 Haushaltsvolumen und Planvergleich

71.502.584 €

Haushaltsvolumen leicht gesunken, Haushaltsplan im Wesentlichen eingehalten

Das Haushaltsvolumen ging auf Grund des geringeren Investitionsvolumens gegenüber dem Vorjahr leicht zurück (-500 T€; -1 %).

Im Verwaltungshaushalt ergaben sich gegenüber dem Haushaltsplan insbesondere bei der Gewerbesteuer Mehreinnahmen, die vollständig in eine höhere Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt einfließen.

Das Rechnungsergebnis im Vermögenshaushalt war niedriger als geplant. Ursächlich hierfür war neben tatsächlich geringeren Ausgaben, z.B. für die Tilgung von Krediten, im Wesentlichen die Verschiebung von Investitionen, die aber in den Folgejahren zu einer Neuveranschlagung führt.

	HH-Plan €	Rechnungsergebnis €	Differenz €	%
VwH	59.155.000	62.085.799	2.930.799	5,0 %
VmH	11.937.200	9.416.785	-2.520.415	-21,1 %
Gesamt-HH	71.092.200	71.502.584	410.384	0,6 %

16 Kassenreste

Verwaltungshaushalt

Forderungen werden überwacht und zeitnah abgewickelt, Verbindlichkeiten sind ausgeglichen

	Kasseneinnahmereste		Kassenausgabereste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2013	589.618	1,0 %	24.555	0,0 %	565.064	1,0 %
2014	640.467	1,1 %	38.007	0,1 %	602.460	1,0 %
2015	856.819	1,4 %	18.976	0,0 %	837.843	1,4 %

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts.

Die Kasseneinnahmereste im Verwaltungshaushalt sind stark gestiegen (+216 T€). In der Jahresrechnung (S. 12) sind die wesentlichen Positionen dargestellt.

Bei den Kassenausgaberesten handelt es sich um kurzfristige Verbindlichkeiten der Stadt aus der Abrechnung von Fremdleistungen und Bewirtschaftungskosten, die erst in 2016 bezahlt wurden.

Die stichprobenhafte Prüfung ergab, dass die Forderungen ordnungsgemäß überwacht und abgewickelt werden.



Vermögenshaushalt

	Kasseneinnahmereste		Kassenausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2013	419.433	3,3 %	-	0,0 %	419.432,52	3,3 %
2014	177.120	1,3 %	-	0,0 %	177.120,42	1,3 %
2015	1.097.429	11,7%	13.035	0,1 %	1.084.394	11,6 %

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Vermögenshaushalts.

Bei den Kasseneinnahmeresten handelt es sich im Wesentlichen um zwei Grundstückserlöse, die im Januar 2016 bezahlt wurden.

Der Kassenausgabereist betrifft Planungsleistungen für den Kindercampus in Großheppach, er ist inzwischen erledigt.

17 Haushaltsreste

Haushaltsreste sind zulässig und begründet

Verwaltungshaushalt

	Haushaltseinnahmereste		Haushaltsausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2013	0	0,0 %	156.500	0,3 %	-156.500	-0,3 %
2014	0	0,0 %	97.800	0,2 %	-97.800	-0,2 %
2015	0	0,0 %	127.000	0,2 %	-127.000	-0,2 %

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts.

Im Verwaltungshaushalt wurden Haushaltsausgabereiste für die Schulen (104 T€), die budgetierten Kindertageseinrichtungen (8 T€) und eine externe Beratung gebildet.

Die einzelnen Haushaltsreste sind in der Jahresrechnung (S. 14) aufgelistet.

Vermögenshaushalt

	Haushaltseinnahmereste		Haushaltsausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2013	526.000	4,2 %	4.005.000	31,8 %	-3.479.000	-27,6 %
2014	1.100.000	8,2 %	3.555.000	26,5 %	-2.455.000	-18,3 %
2015	1.830.000	19,4 %	5.570.400	59,2 %	-3.740.400	-39,7 %

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Vermögenshaushalts.

Ein Teil der nicht ausgeschöpften Kreditermächtigung wurde als Haushaltseinnahmerest nach 2016 übertragen.

Die Haushaltsausgabereiste betreffen Investitionen im Hoch- und Tiefbau, die noch nicht endgültig abgerechnet sind bzw. bei denen der Baufortschritt hinter der Mittelbereitstellung zurückblieb (z.B. Ganztagesgrundschule Großheppach).

Die einzelnen Haushaltsreste sind auf Seite 15/16 der Jahresrechnung erläutert.



VI. Verwaltungshaushalt

Steuereinnahmen und Finanzausgleich

Die Steuern, Finanzausweisungen und die nach Abzug der steuerkraftabhängigen Umlagen verbleibenden Netto-Steuereinnahmen haben sich wie folgt entwickelt.

	2013	2014	2015	Plan 2016
Steuern	33.165.217	33.675.316	35.701.476	36.593.500
Finanzausweisungen	9.527.406	9.931.906	10.689.531	11.047.600
Finanzumlagen	18.883.973	19.747.247	22.396.350	22.986.800
Netto-Steuereinnahmen	23.808.650	23.859.975	23.994.656	24.654.300
Pro Einwohner	911	907	907	932

Die Netto-Steuereinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr wieder nur mäßig gestiegen. Die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer, dem Einkommensteueranteil und den Schlüsselzuweisungen wurden durch höhere Umlagen, hier vor allem durch die Kreisumlage, nahezu vollständig aufgezehrt.

Durchschnittlich verblieben der Stadt 2015 52 % der Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen. 2016 wird sich dieser Wert voraussichtlich nicht verändern.

18 Realsteuern

Höhere Gewerbesteuer

Istaufkommen 17.052.122 €

	GrdSt. A	GrdSt. B	Gew.St	Realsteuern
2013	101.424	4.876.386	11.533.748	16.511.558
2014	100.192	4.682.352	11.138.081	15.920.626
2015	101.551	4.687.936	12.262.635	17.052.122

Das Istaufkommen der Realsteuern fließt mit einem Anrechnungshebesatz in die Ermittlung der Steuerkraft des zweitfolgenden Jahres ein und wird somit beim Finanzausgleich 2017 berücksichtigt.

Soll-Einnahmen

Im Jahr 2015 haben von den Großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis Fellbach (je 10 v.H.) und Backnang (je 25 v.H.) ihre Realsteuer-Hebesätze erhöht.

Grundsteuer A 101.546

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2014	375	356	332
2015	375	366	337
2016	375		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2014	3,81	1,94	2,57
2015	3,84		



Weinstadt hat unter den großen Kreisstädten den vierthöchsten Hebesatz. Die Soll-Einnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1 T€.

Grundsteuer B - 4.696.581 €

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2014	410	391	375
2015	410	402	381
2016	450		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2014	178	172	157
2015	177		

Ab dem Jahr 2014 wurde der Hebesatz um 20 Prozentpunkte auf 410 % gesenkt. Dennoch haben im Landkreis lediglich Schorndorf und Winnenden einen höheren Hebesatz.

Die Soll-Einnahmen stiegen gegenüber 2014 um 25 T€.

Gewerbsteuer - 12.203.567 €

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2014	370	365	355
2015	370	373	365
2016	385		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2014	423	524	667
2015	464		

Die Realsteuern bestehen zu einem überwiegenden Teil (72 %) aus den Gewerbesteuern. Im Vergleich zu den anderen großen Kreisstädten im Rems-Murr-Kreis hatte Weinstadt gemeinsam mit Winnenden den dritthöchsten Hebesatz.

Die Soll-Einnahmen haben sich im Vorjahresvergleich um 694 T€ erhöht.

19 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 16.710.882 €

Weitere Steigerung gegenüber Vorjahr

Für Weinstadt ergab sich bei der Neufestsetzung der Schlüsselzahlen für die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer eine etwas höhere Schlüsselzahl. Für das gegenüber dem Vorjahr um rd. 1 Mio. € höhere Rechnungsergebnis war aber im Wesentlichen die höhere Verteilmasse verantwortlich.

Das Pro-Kopf-Aufkommen lag bei 632 €/Ew. Der Landesdurchschnitt lt. Kommunaler Kassenstatistik 2015 bei 513 €/Ew.



20 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 1.172.050 €

Leichte Steigerung

Trotz geringerer Schlüsselzahl stieg der Umsatzsteueranteil um 141 T€ (+14 %). Das Pro-Kopf-Aufkommen lag mit 44 €/Ew.

Der Landesdurchschnitt lt. Kommunalen Kassenstatistik 2015 bei 61 €/Ew.

Quelle zu Rd.Nr. 18-20: Deutscher Städtetag Realsteuerhebesätze 2015 (nicht gewichtet)
Statistisches Landesamt BW Kommunale Kassenstatistik 2015

21 Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen 816.849 €

Vergnügungssteuer gestiegen

Als Bemessungsgrundlage für die Vergnügungssteuer wird seit 2010 das Einspielergebnis herangezogen. Seit dem 01.04.2015 beträgt der Steuersatz 24 % (davor 22 %).

Die Einnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 121 T€ auf 703 T€ (+21 %) und lagen um 159 T€ über dem Planansatz.

Hundsteuer auf Vorjahresniveau

Durch die Hundsteuer konnten Einnahmen in Höhe von 103 T€ erzielt werden (+2 T€ = +2 %). Der Planansatz wurde um 5 T€ überschritten.

22 Finanzausweisungen 10.689.531 €

Steigerung

Die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich sind insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 758 T€ gestiegen. Maßgeblichen Anteil hieran hatten die Schlüsselzuweisungen, diese haben sich um 582 T€ auf 7,3 Mio. € erhöht.

23 Umlagen 22.396.350 €

Umlagebelastung weiter gestiegen

Die Umlagen sind gegenüber dem Vorjahr nochmals um 2,6 Mio. € gestiegen.

Die Mehrbelastungen von 2,3 Mio. aus den steuerkraftabhängigen Umlagen (Finanzausgleichsumlage, Kreisumlage und Umlage an den Verband Region Stuttgart) resultieren aus der höheren Steuerkraftsumme.

Der Kreisumlagehebesatz wurde 2015 auf 37,5 % angehoben (2014: 36,09 %). Im landesweiten Vergleich hatte lediglich der Landkreis Böblingen einen höheren Hebesatz. 2016 hat der Rems-Murr-Kreis den höchsten Hebesatz landesweit.

Für die Gewerbesteuerumlage mussten unverändert 69 % des um den Hebesatz bereinigten Istaufkommens abgeführt werden.

Jahr	Gewerbesteuerumlage	FAG-Umlage	Kreisumlage	Region Stuttgart	Summe Umlagen
2014	2.045.485	6.811.110	10.771.821	118.832	19.747.247
2015	2.428.411	7.490.251	12.341.143	136.545	22.396.350
2016	2.163.200	7.634.200	13.047.000	142.400	22.986.800

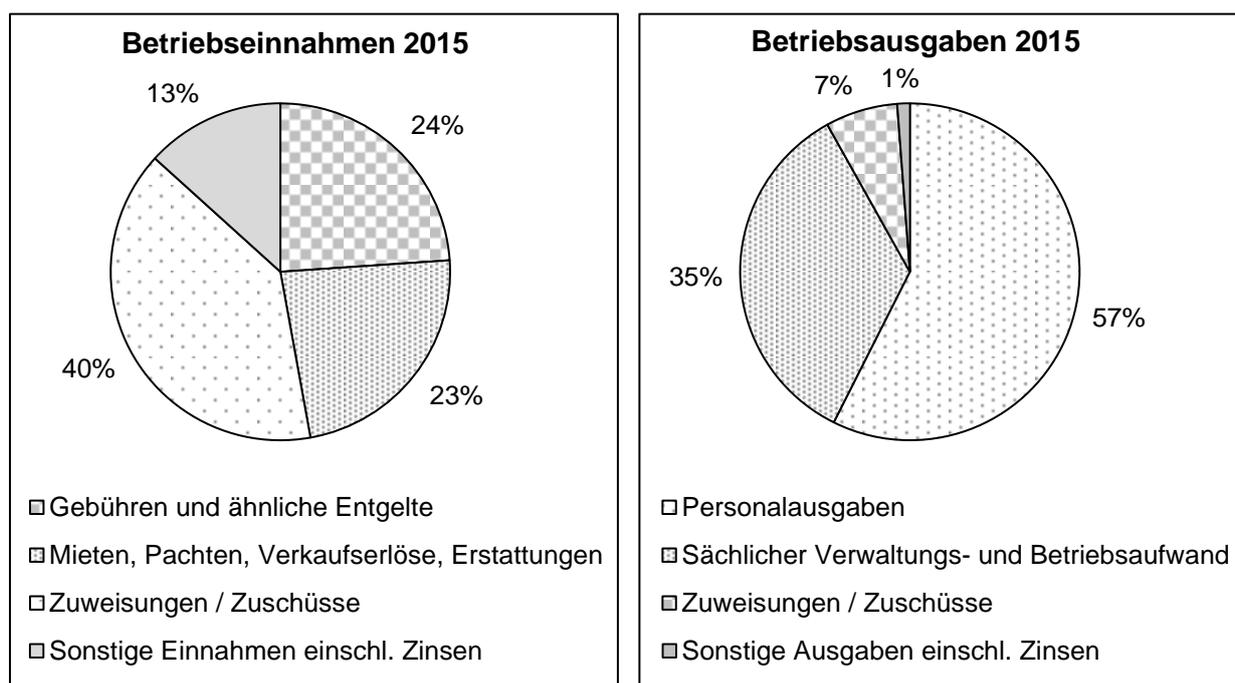
Quelle: Statistisches Landesamt BW: Pressemitteilung 74/2016 vom 23.03.2016

Verwaltungs- und Betriebsbereich

Die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungs- und Betriebsbereich haben sich wie folgt entwickelt:

	2013 €	2014 €	2015 €	Plan 2016 €
Betriebseinnahmen	11.162.290	10.793.037	11.256.355	11.261.900
davon				
Gebühren und ähnliche Entgelte	2.512.218	2.562.974	2.691.246	2.822.600
Mieten, Pachten, Verkaufserlöse, Erstattungen	2.950.448	2.806.789	2.617.633	2.600.000
Zuweisungen / Zuschüsse	4.332.341	4.029.896	4.456.561	4.436.000
Sonstige Einnahmen einschl. Zinsen	1.367.283	1.393.379	1.490.916	1.403.300
Betriebsausgaben	28.132.635	29.553.955	30.835.499	33.079.700
davon				
Personalausgaben	15.979.638	17.026.109	17.700.580	18.938.900
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	10.044.801	10.353.003	10.642.927	11.341.700
Zuweisungen / Zuschüsse	1.898.886	1.923.746	2.121.821	2.252.000
Sonstige Ausgaben einschl. Zinsen	209.310	251.098	370.171	547.100
Zuschussbedarf	16.970.345	18.760.919	19.579.144	21.817.800
in €/Ew.	649	713	740	825

Die Entwicklung der Einnahme- und Ausgabegruppen gegenüber den Planansätzen ist im Rechenschaftsbericht ausführlich erläutert (Einnahmen S. 46-53, Ausgaben S. 54-64).





24 Betriebseinnahmen

11.256.355 €

Betriebseinnahmen um rd. 463 T€ (+4 %) gestiegen

Die Zuweisungen und Zuschüsse haben sich im Vergleich zu 2014 um 427 T€ (+11 %) erhöht. Dies ist hauptsächlich auf eine gestiegene Landesförderung für die Kindertageseinrichtungen zurückzuführen. Außerdem sind für die Schulen höhere Sachkostenbeiträge vom Land eingegangen.

Des Weiteren konnten Mehreinnahmen von 128 T€ (+5 %) bei den Gebühren und ähnlichen Entgelten erzielt werden. Insbesondere in den Kinderhäusern Benzach und Zügerberg sowie der Silcherschule in Endersbach haben sich die Einnahmen im Vorjahresvergleich gesteigert.

Aus Mieten, Pachten, Verkaufserlösen und Erstattungen wurden 189 T€ weniger eingenommen als noch im Vorjahr (-7 %). Hier haben sich u.a. die Holzerlöse sowie die Ersätze für Mietnebenkosten verringert. Allerdings erhielt die Stadt auch höhere Erstattungen für die Kinderbetreuung vom Landkreis und den umliegenden Kommunen.

Darüber hinaus sind die sonstigen Einnahmen einschließlich Zinsen um 98 T€ angestiegen, insbesondere aufgrund von Mehreinnahmen aus der Verzinsung von Gewerbesteuernachzahlungen und höheren Bußgeldern.

Die Einnahmen aus Konzessionen sanken um 43 T€. Von den Stadtwerken konnte 2015 keine Konzessionsabgabe abgeführt werden, was zu einem Einnahmeausfall von 33 T€ führte. Auch die Konzessionsabgabe für das Stromnetz war geringer. Allerdings stieg die Konzessionsabgabe der Gasversorgung um 22 T€.

25 Betriebsausgaben

30.835.499 €

Ausgaben im Verwaltungs- und Betriebsbereich um 1,3 Mio. € (+4 %) gestiegen

Personalausgaben

17.700.580 €

Steigerung um 674 T€ (+4 %), Personalzuwachs in den Kindertageseinrichtungen

Stellenplan	Beamte	Beschäftigte	Stellen insgesamt	tatsächlich besetzt
2014	41,00	254,85	295,85	296,80
2015	39,30	263,55	302,85	306,30
2016	40,75	266,60	307,35	

Quelle: Stellenplan der Stadt Weinstadt 2014 bis 2016 – Darstellung in Vollzeitstellen

Die Stellenreduzierung bei den Beamten entstand aufgrund der Umwandlung von zwei Beamtenstellen in Beschäftigtenstellen und dem Wegfall einer Stelle für Beamte.

Die höhere Zahl der Stellen für Beschäftigte wurde durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen verursacht, die bei den Beratungen zum Stellenplan erläutert wurden. Die größte Veränderung ergab sich bei den Kindertageseinrichtungen, hier entstanden zusätzlich 3,15 Stellen.

	Personalausgaben €	Änderung gg. Vorjahr in €	Änderung gg. Vorjahr in %	Anteil am VwH	€/ Ew.
2014	17.026.109	1.046.471	6,5 %	29,0 %	647
2015	17.700.580	674.471	4,0 %	28,5 %	669
2016	18.938.900	1.238.320	7,0 %	29,8 %	716

Die Steigerung der Personalausgaben in Weinstadt war geringer als im Landesdurchschnitt (+4,7 %).

Der Haushaltsansatz wurde um 375 T€ unterschritten. Die Ursachen sind im Rechenschaftsbericht (S. 54) erläutert.

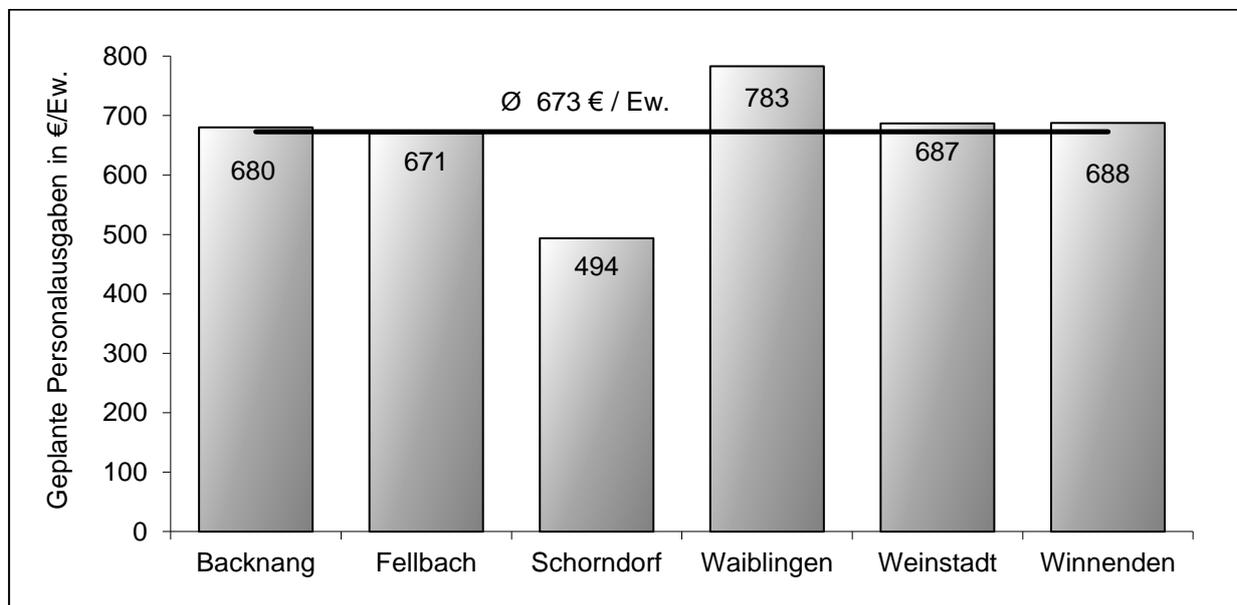
Im Bereich der Kinderbetreuung waren die Personalkosten um 306 T€ höher als noch 2014.

Weitere Erhöhungen der Personalausgaben ergaben sich beim Hauptamt (+92 T€), dem Baubetriebshof (+87 T€) sowie beim Hochbauamt (+73 T€).

Neben der Erhöhung der Vergütungen für Beschäftigte um +438 T€ sind die Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte (+91 T€) und die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beschäftigte (+88 T€) am stärksten angestiegen.

Personalausgaben der Großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis

Die folgende Grafik zeigt die Personalausgaben auf Basis der Haushaltsansätze 2015.



Quelle: IHK Region Stuttgart: Haushaltsanalyse 2015



Sächlicher Aufwand

15.081.364 €

Steigerung insgesamt um 517 T€ (+4 %)

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand stieg insgesamt um 517 T€.

Die Entwicklung zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	insgesamt	€/Ew.	Änderung gg. Vorjahr %	Anteil am Volumen VwH	Ohne kalk. Kosten und innere Verrechnungen Gesamt	€/Ew.
2014	14.564.029	554	4,7 %	24,8 %	10.353.003	394
2015	15.081.364	570	3,6 %	24,3 %	10.642.927	402
2016	16.015.300	606	6,2 %	25,2 %	11.341.700	429

Im Landesdurchschnitt werden für den laufenden Sachaufwand 420 €/Ew. ausgegeben. In diesem Wert sind keine inneren Verrechnungen oder kalkulatorische Kosten enthalten.

Die wesentlichen Positionen der einzelnen Ausgabegruppen sind im Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung beschrieben (S. 55 – 59), auf diese Ausführungen wird verwiesen.

Für die Unterhaltung von Gebäuden und Außenanlagen mussten 2015 282 T€ mehr aufgewendet werden als 2014. Die größte Steigerung entstand beim Remstalgynasium (+240 T€). Auch die Strümpfelbacher Halle (+42 T€), die Prinz-Eugen-Halle (+31 T€) sowie die kulturellen Einrichtungen (+28 T€) verursachten deutlich höhere Unterhaltungskosten.

Andererseits fielen für Gebäude und Außenanlagen der Sportanlagen im Bildungszentrum 35 T€ weniger an.

Auch die Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern, die vom Bauhof und externen Firmen durchgeführt wurden, sind deutlich niedriger als noch im Vorjahr (-111 T€).

Eine wesentliche Erhöhung ergab sich auch bei den Ausgaben für angemietete Wohnungen, welche im Vorjahresvergleich um 41 T€ gestiegen sind. Des Weiteren wurden vom Baubetriebshof 44 T€ mehr für die Unterhaltung der Grünanlagen berechnet.

Aufgrund von jährlich wechselnden Veranstaltungen schwankt die Höhe der dafür benötigten Sachaufwendungen stark. Im Jahr 2015 erhöhten sich die Sachausgaben für kulturelle Veranstaltungen bzw. für Veranstaltungen in Museen um insgesamt 134 T€. Im Bereich Tourismusförderung und Stadtmarketing sind diese Kosten dagegen 163 T€ niedriger als im Vorjahr.

In Folge der Sanierung der Strümpfelbacher Halle sind für das Gebäude die Abschreibungen (+32 T€) und kalkulatorischen Zinsen (+55 T€) gestiegen.



Energieausgaben

1.223.489 €

Energieausgaben auf dem Niveau des Vorjahres

Im Berichtsjahr fielen folgende Energiekosten an.

	2013 €	2014 €	2015 €	Plan 2016 €
Heizbrennstoffe	721.779	510.767	487.371	663.100
Strom	399.788	350.665	380.488	397.250
Betriebsstrom	457.493	321.431	341.445	396.800
Betriebsbrennstoffe	21.533	14.319	14.186	21.800
Summe	1.600.593	1.197.182	1.223.489	1.478.950
€/Ew.	61	46	46	56
Änderung gg. Vorjahr in €	301.642	-403.410	26.306	255.461
Änderung gg. Vorjahr in %	23,2 %	-25,2 %	2,2 %	20,9 %

Die Energieausgaben haben sich um 2 % erhöht, die Planansätze wurden um insgesamt 355 T€ unterschritten. Da nicht bei allen städtischen Einrichtungen eine Rechnungsabgrenzung erfolgt, lassen die Energieausgaben für sich betrachtet keine Rückschlüsse auf den Verbrauch zu.

Nach dem Verbraucherpreisindex sanken die Preise für Heizöl 2015 stark, im 1. Halbjahr 2016 setzte sich dieser Trend fort. Der Gaspreis ist 2015 leicht zurückgegangen. Die Strompreise blieben 2015 auf dem Niveau des Vorjahres.

Jahr	Heizöl	Gas	Strom
2014	-7,7 %	0,2 %	2,5 %
2015	-21,9 %	-0,6 %	0,1 %
2016 / 1. Halbjahr	-22,3 %	-2,0 %	0,2 %

Quelle: Statistisches Landesamt BW: Verbraucherpreisindex

Heiz- und Betriebsbrennstoffe

Die Ausgaben für Heizbrennstoffe sind im Vorjahresvergleich um 23 T€ gesunken. Besonders beim Remstalgynasium sowie der Reinhold-Nägele-Realschule reduzierten sich die Ausgaben um insgesamt 36 T€. Andererseits haben sich die Kosten bei einigen Einrichtungen im Vorjahresvergleich erhöht, insbesondere bei der Grundschule Beutelsbach (+14 T€).

Ausgaben für Betriebsbrennstoffe fallen hauptsächlich im Stiftsbad an.

(Betriebs-) Strom

Bei einem Großteil der städtischen Einrichtungen stiegen 2015 die Stromausgaben. Insgesamt erhöhten sich die Kosten im Vergleich zum Vorjahr um 30 T€. Die bedeutendsten Steigerungen mit jeweils +8 T€ ergaben sich in den Bereichen Museen und Allgemeines Grundvermögen.

Nach einem starken Rückgang im Vorjahr mussten 2015 für Betriebsstrom 20 T€ mehr aufgewendet werden. Ursächlich hierfür waren die um 24 T€ gestiegenen Ausgaben für die Straßenbeleuchtung.

Kostenrechnende Einrichtungen

Zuschussbedarf 7,5 Mio. €

Im Vorjahresvergleich konnten die kostenrechnenden Einrichtungen insgesamt Mehreinnahmen von 524 T€ erzielen, es fielen allerdings auch um 772 T€ höhere Ausgaben an. Aufgrund der Einnahmensteigerung wuchs die Gesamtkostendeckungsquote auf 40 % (2014: 39 %). Da die Steigerung der Ausgaben höher war als die der Einnahmen, stieg der Zuschussbedarf auf 7,5 Mio. € (2014: 7,3 Mio. €).

Insbesondere bei den Hallen ist ein deutlicher Anstieg des Zuschussbedarfs zu verzeichnen. Auch bei der Schülerbetreuung an Grundschulen, den Kindertageseinrichtungen und dem Bestattungswesen ist die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben höher als noch 2014. Lediglich der Zuschussbedarf für die Bäder ist gesunken.

Die im Folgenden genannten Einrichtungen bilden 99 % des Zuschussbedarfs ab.

Kostendeckungsgrad öffentlicher Einrichtungen 2015	2015		2014		2015 Zuschussbedarf	
	mit kalk. Kosten	ohne kalk. Kosten	mit kalk. Kosten	ohne kalk. Kosten	gesamt €	€/Ew.
Schülerbetreuung an Grundschulen	74,7 %	74,7 %	76,8 %	76,8 %	96.275	4
Kindertageseinrichtungen	40,6 %	43,3 %	37,7 %	40,3 %	5.674.578	215
Bäder	13,3 %	19,1 %	9,7 %	14,4 %	738.536	28
Bestattungswesen	82,3 %	124,7 %	82,5 %	127,3 %	109.028	4
Hallen	22,7 %	38,0 %	26,2 %	43,0 %	853.853	32
Summe	40,2 %	45,8 %	38,3 %	43,7 %	7.472.270	283

Beim Kostendeckungsgrad ohne kalkulatorische Kosten wurden Erträge aus der Auflösung von Beiträgen und Aufwendungen für kalkulatorische Zinsen sowie Abschreibungen nicht berücksichtigt.

Zuschussbedarf

Schülerbetreuung an Grundschulen

Der Zuschussbedarf der Kernzeit- und Grundschülerbetreuung stieg um 15 T€ auf 96 T€. Dies wurde durch höhere Personalkosten verursacht (+25 T€). Andererseits konnte aber auch das Gebührenaufkommen um 15 T€ gesteigert werden.

Kindertageseinrichtungen

Bei den Kindertageseinrichtungen hat sich der Zuschussbedarf auf 5,7 Mio. € erhöht (+50 T€). Grund hierfür waren hauptsächlich gestiegene Personalausgaben (+306 T€), aber auch Mehraufwendungen für Zuschüsse an freie Träger (+129 T€).

Die Ausgabensteigerung konnte durch höhere Einnahmen abgemildert werden. Zu Mehrerträgen führten insbesondere die Zuweisungen vom Land (+340 T€). Auch die Benutzungsgebühren sind im Vorjahresvergleich um 55 T€ gestiegen.

Bäder



Der Zuschussbedarf der Bäder beträgt weiterhin 739 T€ (-500 €).

Die Unterhaltungsaufwendungen sind insgesamt um 24 T€ gestiegen. Andererseits konnten aus den Benutzungsgebühren um 28 T€ höhere Einnahmen erzielt werden.

Bei einer getrennten Betrachtung zeigt sich, dass sowohl die Gebühreneinnahmen als auch die Ausgaben für Unterhaltung in jedem Bad gestiegen sind. Dies gilt nicht für das geschlossene Mineralbad Cabrio, hier fielen geringere Aufwendungen an.

Im Freibad Beutelsbach konnte der Zuschussbedarf verringert werden, im Freibad Strümpfelbach und dem Stiftsbad hat er sich erhöht.

Ohne Berücksichtigung des Cabrios besteht bei den Bädern ein Abmangel von 525 T€ und eine Kostendeckungsquote von 17,8 %.

Der durchschnittliche Kostendeckungsgrad in Städten vergleichbarer Größe lag 2013 bei 21,7 % für Hallenbäder und bei 22,6 % für Freibäder. Diese Werte wurden in Weinstadt nicht erreicht.

Bestattungswesen



Beim Bestattungswesen hat sich der Zuschussbedarf leicht auf 109 T€ erhöht (+3 T€).

Zur Unterhaltung der Außenanlagen wurden mehr Arbeiten durch den Baubetriebshof durchgeführt (+32 T€), die Unterhaltungsaufwendungen für externe Firmen sind dafür um 26 T€ zurückgegangen. Das Gebührenaufkommen hat um 11 T€ zugenommen.

Der durchschnittliche Kostendeckungsgrad in Städten vergleichbarer Größe lag nach den Ermittlungen der GPA im Jahr 2013 bei rd. 79,1 %.

Hallen



Der Zuschussbedarf der städtischen Hallen ist im Vorjahresvergleich mit einer Erhöhung von 163 T€ auf 854 T€ (+24 %) am stärksten gestiegen.

Die größte Veränderung ergab sich bei der Strümpfelbacher Halle, dort ist der Zuschussbedarf von 59 T€ auf 192 T€ gewachsen. Die Zunahme von 133 T€ wurde hauptsächlich durch die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen verursacht. Diese sind aufgrund der Sanierung um 87 T€ gestiegen. Auch der Unterhaltungsaufwand für Gebäude und Außenanlagen hat um 44 T€ zugenommen.

Eine weitere wesentliche Veränderung zeigt sich bei der Beutelsbacher Halle. Dort hat sich der Zuschussbedarf um 29 T€ erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr sind vor allem die Ausgaben zur Unterhaltung der Gebäude- und Außenanlagen gestiegen (+21 T€).

Außerdem wuchs der Zuschussbedarf der Prinz-Eugen-Halle. Bei der Jahnhalle und der Schnaiter Halle ging die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben zurück.

Quelle durchschn. Kostendeckungsgrad: GPA Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2016

Sonstige Finanzausgaben

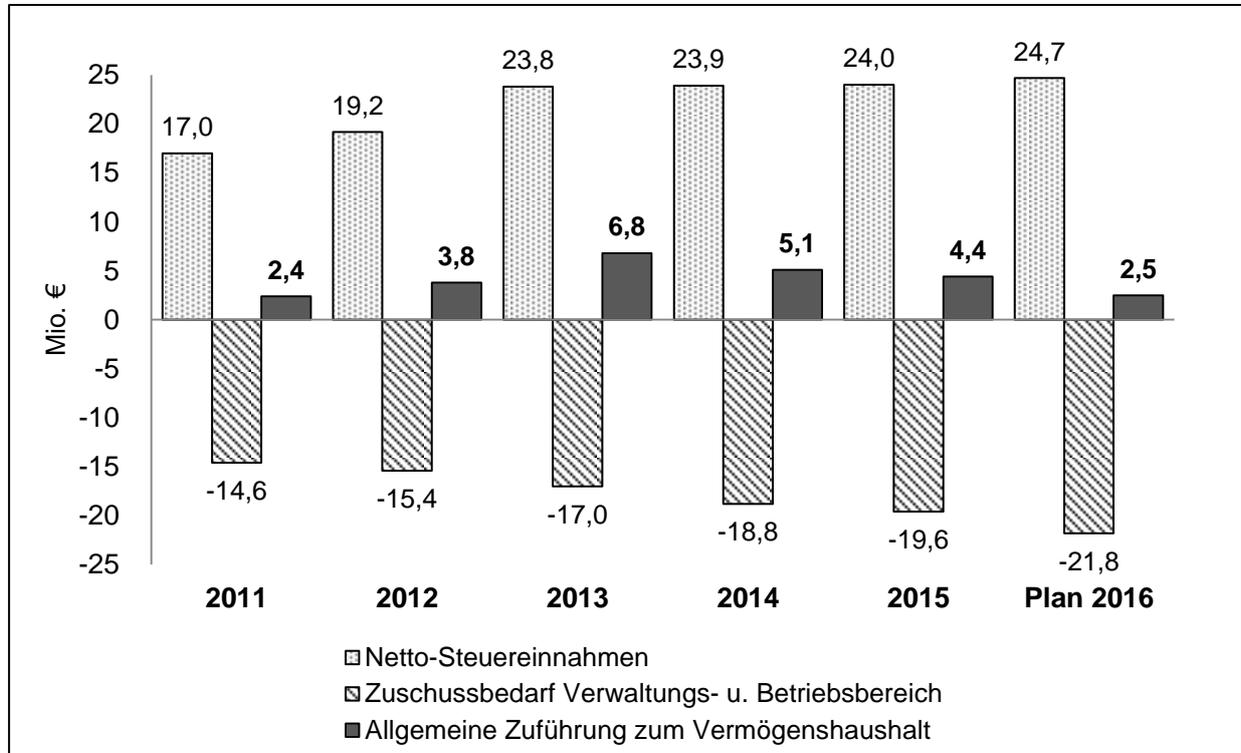
27.182.034

Die sonstigen Finanzausgaben umfassen Zinsen, Erstattungszinsen und Umlagen (RdNr. 23), sowie als Verrechnungsposition die Zuführung an den Vermögenshaushalt (RdNr. 27).

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen diese Positionen insgesamt um 2,1 Mio. €.

26 Gesamtverlauf

Die Hauptblöcke des Verwaltungshaushaltes haben sich wie folgt entwickelt:



27 Zuführung zum Vermögenshaushalt

4.415.513 €

Zuführungsrate erneut besser als geplant, seit 2011 durchschnittlich 4,5 Mio. € jährlich

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt lag mit 4,4 Mio. € um 3,6 Mio. € über dem Planansatz. Ursächlich waren im Wesentlichen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer sowie höhere Schlüsselzuweisungen vom Land.

Gegenüber dem Vorjahr sank die Zuführungsrate allerdings um 684 T€, größtenteils aufgrund einer höheren Umlagebelastung.

28 Netto-Investitionsrate

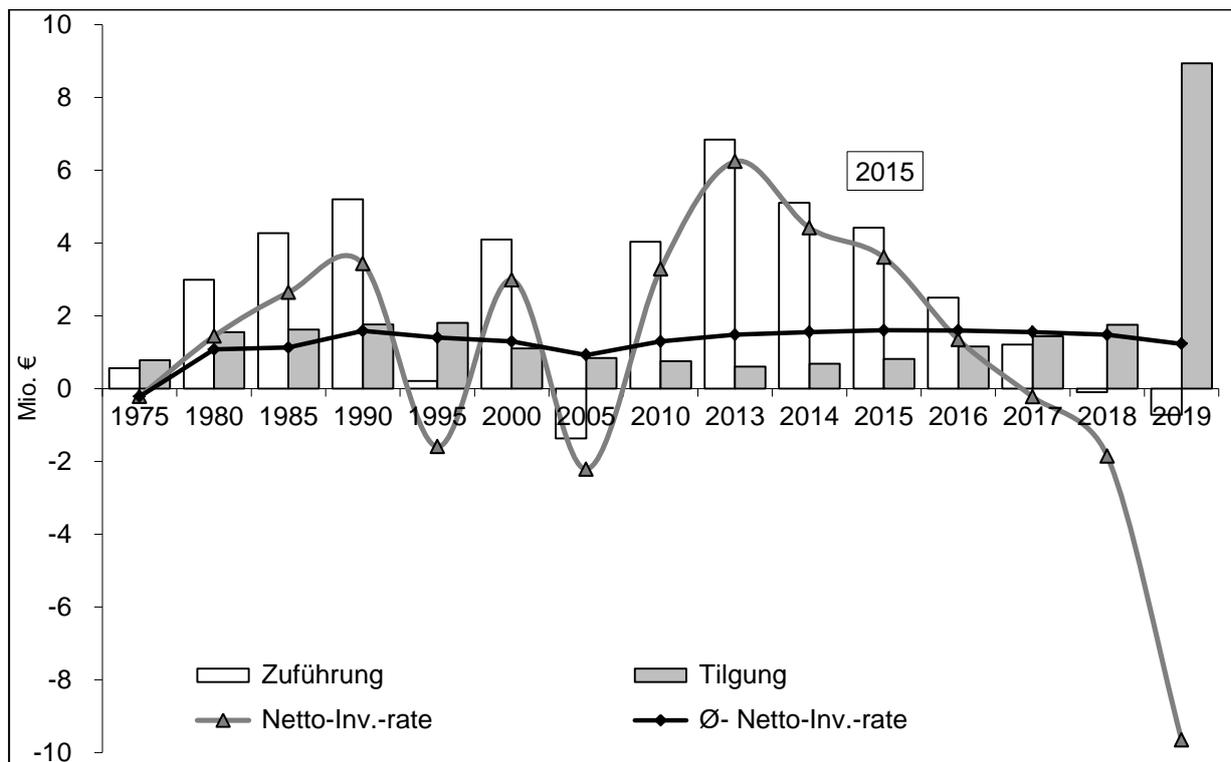
3.606.742 €

Noch hohe Netto-Investitionsrate

Nach Abzug der ordentlichen Tilgung (809 T€) verblieb von der Zuführung zum Vermögenshaushalt eine Netto-Investitionsrate von 3,6 Mio. € für Maßnahmen des Vermögenshaushalts.

Seit 2012 (Aufnahme des Jahres 2015 in die Finanzplanung) wurden insgesamt 17,4 Mio. € Netto-Investitionsraten erwirtschaftet, durch die teilweise auf vorgesehene Kreditaufnahmen verzichtet werden konnte.

Aus den Zahlen der Finanzplanung ergibt sich, dass die Zuführungsrate weiter zurückgehen wird und ab 2017 keine Nettoinvestitionsrate mehr erwirtschaftet werden kann. Um diese Entwicklung wieder umkehren zu können, wird bereits jetzt gegengesteuert.



Entwicklung der Netto-Investitionsrate	2013	2014	2015
Zuführung an den VmH in Mio. €	6,8	5,1	4,4
ordentliche Tilgung in Mio. €	0,6	0,7	0,8
Netto-Investitionsrate in Mio. €	6,2	4,4	3,6
in % des VmH	50	33	38
Zuführung an den VmH in €/Ew.	262	194	167
Netto-Investitionsrate in €/Ew.	239	168	136
Ø Große Kreisstädte RMK ¹⁾	206	24	
Landes-Ø in €/Ew. ²⁾	201	199	248

Quellen: 1) Umfrage des RPA Backnang, ohne Schorndorf (NKHR)
2) GPA: Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2016 – alle Gemeinden



VII. Vermögenshaushalt

29 Investitionen 8.604.961 €

Anteil der aus Eigenmitteln finanzierten Investitionen wieder gestiegen

2015 wurden 8,6 Mio. € für Investitionen und Investitionszuschüsse an Dritte ausgegeben. Das sind 4,1 Mio. € weniger als noch im Vorjahr.

Diese wurden zu 62 % über Eigenmittel (2014: 58 %), zu 22 % aus Krediten sowie zu 16 % über Zuweisungen und Zuschüsse finanziert. Von den Eigenmitteln entfielen 68 % auf die Netto-Investitionsrate.

Ein Schwerpunkt der Investitionstätigkeit war 2015 die Sanierung der Strümpfelbacher Halle. Hierfür wurden Auszahlungen in Höhe von 936 T€ getätigt (Ist-Ausgaben). Weitere große Auszahlungen sind für die Stammkapitalerhöhung der Stadtwerke (800 T€) sowie den Erwerb von Grundstücken (713 T€) entstanden. Die Neugestaltung des Birkel-Areals verursachte Ist-Ausgaben in Höhe von 633 T€.

30 Rücklagen 1.856.480 €

Mindestbestand im Finanzplanungszeitraum vorhanden Kassenbestand höher als Rücklagen

Der allgemeinen Rücklage wurden zum Ausgleich des Vermögenshaushalts 478.646 € entnommen, geplant waren 495.700 €.

Allgemeine Rücklage am 31.12.2015	1.856.480 €
Gesetzliche Mindesthöhe	1.145.642 €
Die gesetzliche Mindesthöhe ist überschritten um	710.838 €

Die liquiden Mittel waren höher als der Bestand der allgemeinen Rücklage.

Kassenbestand/ Geldanlagen (1)	Einnahmereste (2)	Ausgabereste (3)	Rücklagen (1) + (2) – (3)
4.011.215	12.810.145	14.964.880	1.856.480

Die nachfolgende Tabelle (in Mio. €) zeigt die Entwicklung im Finanzplanungszeitraum. Der frei verfügbare Teil der Rücklage wird bis 2019 deutlich zurückgehen.

Jahr	Rücklagen zum 1.1.	Abgang im HHJ	Rücklagen 31.12.	davon Stellplatz- rücklage	Mindest- bestand	frei verfü- bar
2014	3,1	0,7	2,3	0,2	1,1	1,2
2015	2,3	0,5	1,9	0,2	1,1	0,7
2016	1,9	0,0	1,8	0,2	1,2	0,6
2017	1,8	0,3	1,5	0,2	1,2	0,3
2018	1,5	0,1	1,4	0,2	1,3	0,2
2019	1,4	0,1	1,4	0,2	1,3	0,1



31 Liquidität

Stadtkasse war ausreichend liquide

Seit 2010 waren der Kassenbestand und die Geldanlagen stets höher als der Bestand der allgemeinen Rücklage. Bei weiteren Entnahmen aus der Rücklage wird die Stadt mehr als bisher Kassenkredite in Anspruch nehmen müssen.

Die auf den Girokonten kurzzeitig nicht benötigten Kassenmittel wurden einem Geldmarktkonto zugeführt.

32 Vermögensrechnung

Die Bestände des Anlagevermögens wurden ordnungsgemäß übertragen und entsprechend den sich aus der Buchführung ergebenden Änderungen fortgeschrieben. Bei der stichprobenhaften Überprüfung ergaben sich keine Feststellungen.

33 Schuldenstand

10.311.876 €

Kreditaufnahme erforderlich

Kreditaufnahmen waren 2015 in Höhe von 1.190.000 € erforderlich, außerdem wurde ein Haushaltseinnahmerest in Höhe von 1.830.000 € gebildet. Der Soll-Schuldenstand stieg um 1,2 Mio. € auf 9,6 Mio. € (= 363 €/Ew.; 2014: 8,4 Mio. € = 320 €/Ew.).

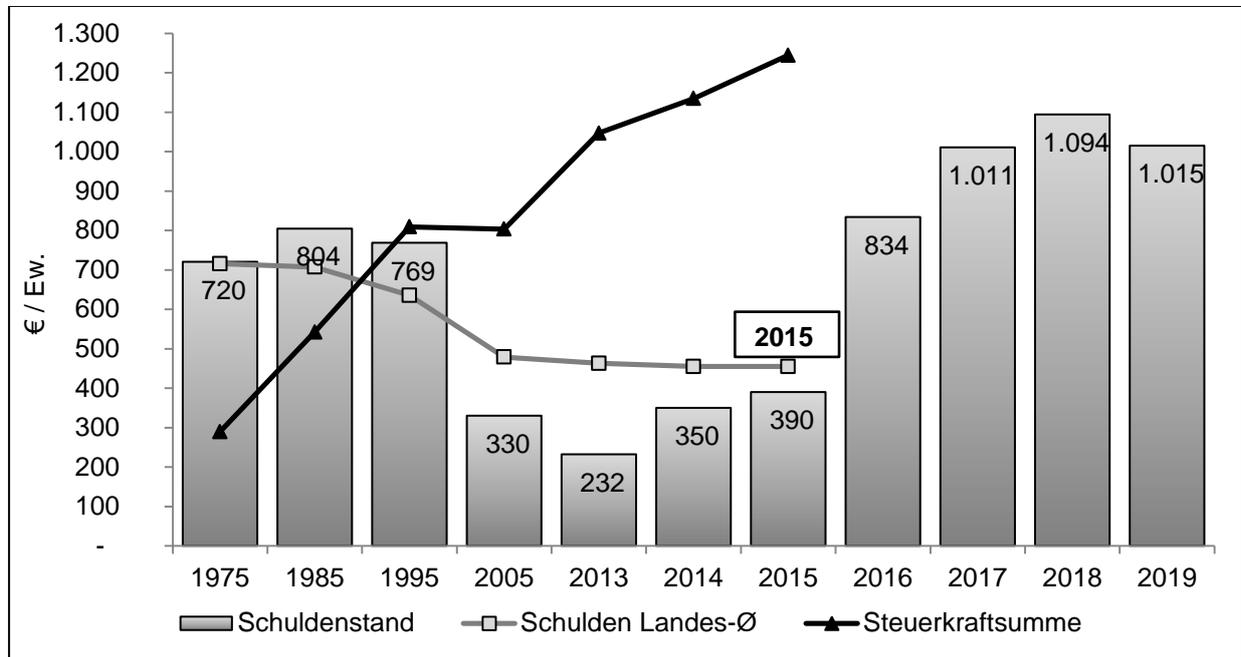
Daneben bestand noch eine Verbindlichkeit aus dem kreditähnlichen Rechtsgeschäft für die Nahwärmeversorgung im Bildungszentrum (701 T€).

Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten 10.311.876 € (=390 €/Ew.; 2014: 9,2 Mio. € = 350 €/Ew.). Ohne den für Kreditaufnahmen gebildeten Haushaltseinnahmerest ergibt sich ein Ist-Schuldenstand von 8.481.876 € (= 321 €/Ew.).

Die Zinsausgaben für diese Darlehen blieben mit 184 T€ (7 €/Ew.) auf dem Niveau des Vorjahres (+733 €). Ihr Anteil am Verwaltungshaushalt lag unverändert bei 0,3 %.

Zusätzlich zum genannten Schuldenstand wurde für den Erwerb des Birkel-Areals als Zwischenfinanzierung ein weiteres kreditähnliches Rechtsgeschäft (rd. 3,6 Mio. €) abgeschlossen. Die Zinsen hierfür sind bei den Sanierungsausgaben nachgewiesen und werden gefördert.

Pro-Kopf-Verschuldung gestiegen Steuerkraft auch weiterhin deutlich höher als der Schuldenstand

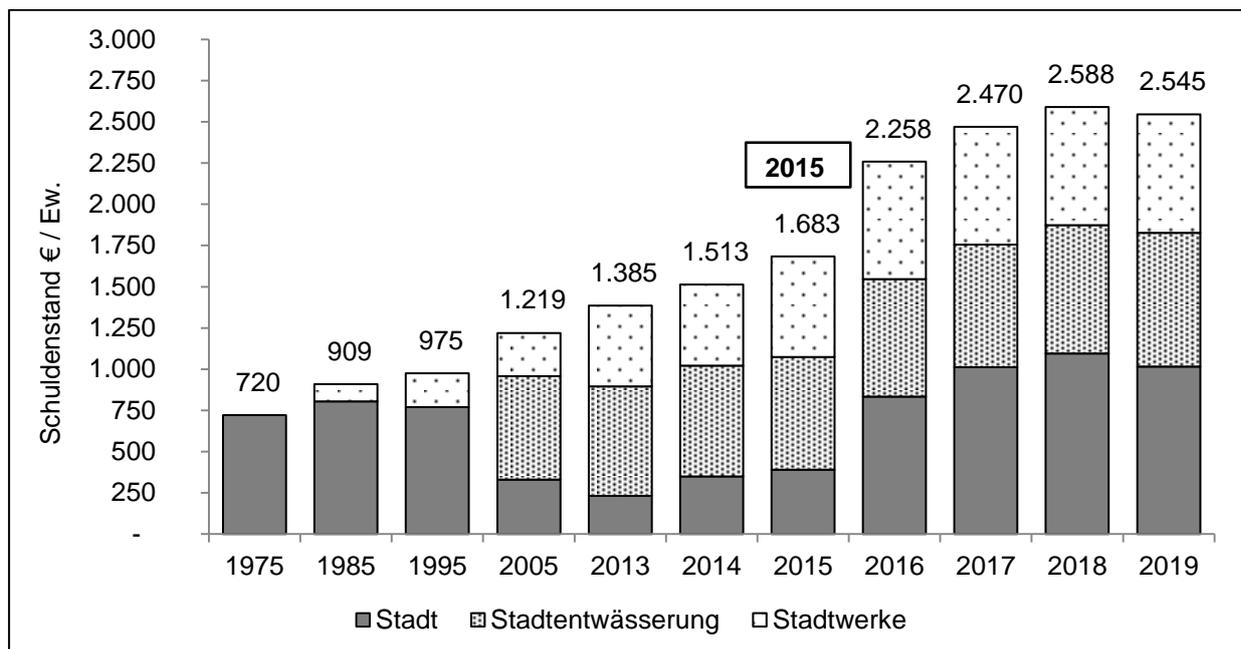


Quelle Landesdurchschnitt: Statistisches Landesamt BW: Schulden der Gemeinden und deren Eigenbetriebe am 31.12.2015

Zwar übersteigt die auf Basis der Steuereinnahmen 2013 berechnete Steuerkraftsumme auch 2015 wieder den Schuldenstand, allerdings hat sich das Verhältnis zwischen beiden Größen verschlechtert.

Konzernschulden gestiegen

Der Gesamtschuldenstand der Stadt einschließlich der Eigenbetriebe, ohne das innere Darlehen und den Anteil der Gemeinde Korb an der Forfaitierung, stieg auf 44,5 Mio. €, dies sind rd. 1.683 €/Ew. (2014: 39,8 Mio. € = 1.513 €/Ew.).





VIII. Wesentliche Ergebnisse der örtlichen Prüfung

Allgemeine Verwaltung

34 Dienstreisen, Reisekosten

Die Hinweise aus der Prüfung der Reisekosten wurden vom Fachamt aufgegriffen und in die Dienstanweisung „Dienstreisen und Dienstfahrzeuge“ vom 17.03.2016 eingearbeitet.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Schulen

35 Silcherschule Endersbach

Beim Gewerk Heizung wurden sowohl ein Nachtrag, als auch die dadurch ersetzte Hauptposition ausbezahlt. Der Betrag wurde auf Grundlage des Prüfberichts zurückgefordert und 2015 einschließlich Zinsen erstattet.

36 Nahwärmeversorgung

Bei der Ermittlung des Anpassungsfaktors für den Arbeitspreis wurde ein falscher Index zu Grunde gelegt. Die Abrechnung wurde auf Hinweis des RPA vom Vertragspartner korrigiert.

Soziale Sicherung

37 Kinderhaus Großheppach

Bei der Abrechnung des Architektenhonorars waren die anrechenbaren Kosten zu kürzen, hierdurch ergab sich ein geringeres Honorar.

Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

38 Städtebauliche Sanierung

Im Zuge der Prüfung wurde auf weitere förderfähige Ausgaben hingewiesen, die nachträglich zur Förderung angemeldet wurden.

39 VOB / VOL

Vergabeverfahren nach der VOB und der VOL wurden beratend begleitet. Die Anregungen wurden umgesetzt.



40 Energiemanagement

Die Abrechnung der erfolgsabhängigen Vergütung basierte teilweise auf unzutreffenden Grundlagen. Durch die Korrektur im Zuge der Prüfung ergab sich ein geringeres Honorar.

Öffentliche Einrichtungen

41 Gemeindehalle Strümpfelbach

Wegen der verspäteten Erteilung des Zuschlags wurde vom beauftragten Unternehmen das zunächst angebotene Abgebot nicht mehr gewährt.

Im Zuge der Prüfung wurde der entstandene Schaden durch die Versicherung ersetzt.

42 Abwicklung Zweckverband Müllabfuhr Unteres Remstal

Die Abwicklung des Zweckverbands Müllabfuhr Unteres Remstal (MZV) wurde 2015 abgeschlossen, dabei waren die Abrechnungsgrundlagen anzupassen.

Die GPA hat im Zuge einer Plausibilitätskontrolle der Finanzvorgänge im Zeitraum 2009 bis 2014 bestätigt, dass die Abwicklung ordnungsgemäß vorgenommen wurde.

Allgemeine Finanzwirtschaft

43 Vergnügungssteuer

Bei der Prüfung der Vergnügungssteuerveranlagung wurde darauf hingewiesen, dass

- negative Einnahmen eines Geräts nicht mit positiven Einnahmen eines anderen Geräts verrechnet werden dürfen,
- darauf zu achten ist, dass die zweiwöchige Anzeigepflicht mit Steueranmeldung bei Aufstellung und Entfernung von Geräten einzuhalten ist. Diese Frist wurde beim Wechsel von Geräten teilweise überschritten.

Die Automatenaufsteller wurden durch das Steueramt auf diese Punkte hingewiesen.

44 Beteiligungsbericht

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2015 wurde erstellt, er enthält die notwendigen Angaben.



IX. Abschließendes Ergebnis der Prüfung

Das Prüfungsausschuss hat die Jahresrechnung 2015 der Stadt Weinstadt entsprechend § 110 GemO daraufhin geprüft, ob

- bei den Einnahmen und Ausgaben, sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen sowie die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung enthält dieser Bericht.

Aufgrund pflichtgemäßer Prüfung wird **bestätigt**, dass die Vorschriften im Ganzen eingehalten sind.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Jahresrechnung 2015 festzustellen.

Dietmar Ißler

Dietmar Ißler



Anlage 1 Kennzahlen der Finanzwirtschaft

Bezeichnung		Plan 2016	HHJ 2015	HHJ 2014	HHJ 2013
Einwohnerzahl 30.6.		26.445	26.445	26.307	26.139
Kennzahlen	Haushaltsvolumen	81.721.800	71.502.584	72.003.212	70.312.227
	Verwaltungshaushalt	63.576.600	62.085.799	58.611.285	57.716.465
	Vermögenshaushalt	18.145.200	9.416.785	13.391.927	12.595.762
	Netto-Investitionsrate	1.347.600	3.606.742	4.414.708	6.235.940
	in €/Ew.	51	136	168	239
	Schuldenstand €/Ew.	834	390	350	232
	Steuerkraftmesszahl €/Ew.	1.011	993	984	862
	Steuerkraftsumme €/Ew.	1.265	1.244	1.135	1.047
Verwaltungshaushalt	Einnahmen				-
	Steuern	36.593.500	35.701.476	33.675.316	33.165.217
	Finanzzuweisungen	11.047.600	10.689.531	9.931.906	9.527.406
	Einn. Verw. und Betrieb	12.460.300	12.279.289	11.800.878	12.059.585
	Sonst. Finanzeinnahmen	3.475.200	3.415.504	3.203.185	2.964.257
	Ausgaben				
	Personalausgaben	18.938.900	17.700.580	17.026.109	15.979.638
	Sachaufwand	16.015.300	15.081.364	14.564.029	13.906.353
	Zuweisungen und Zuschüsse	2.252.000	2.121.821	1.923.746	1.898.886
	Zinsen	481.000	185.101	185.569	192.362
	Finanzumlagen	22.986.800	22.396.350	19.747.247	18.883.973
	Sonstige Finanzausgaben	401.100	185.070	65.529	16.948
	Zuführung zum Verm.-HH	2.501.500	4.415.513	5.099.056	6.838.306
Vermögenshaushalt	Einnahmen				
	Zuführung vom Verw.-HH	2.501.500	4.415.513	5.099.056	6.838.306
	Rücklagenentnahme	36.200	478.646	719.313	306.793
	Rückflüsse von Darlehen	500	511	511	511
	Veräußerung Beteiligungen	-	-	10.900	5.500
	Veräußerung Vermögen	270.000	1.244.805	1.790.653	1.354.044
	Beiträge	30.000	1.704	373.203	18.407
	Zuweisungen / Zuschüsse	2.412.500	1.355.607	1.576.290	1.962.201
	Kredite (Soll)	12.894.500	1.920.000	3.822.000	2.110.000
	Ausgaben				-
	Erwerb von Beteiligungen	-	801.500	-	600.000
	Investitionsausgaben	16.608.200	7.662.996	12.683.543	11.306.683
	Tilgung	1.153.900	811.824	684.349	602.366
Zuweisungen / Zuschüsse	383.100	140.465	24.035	86.713	
Kredite	Schuldenstand 31.12	22.052.476	10.311.876	9.203.700	6.066.048
	Nettokreditaufnahme (Soll)	11.740.600	1.108.176	3.137.651	1.507.634
	Ordentliche Tilgung	1.153.900	808.770	684.349	602.366
	außerordentliche Tilgung	-	3.054	-	-
	Kreditzinsen	476.000	184.066	183.333	191.366



Anlage 2 Kassenbestand

Der Kassenbestand zum 31.12.2015 ist im Kassenabschluss Nr. 148 / 2016 vom 27.06.2016 wie folgt nachgewiesen:

Kassenistbestand

Barkasse		253,85 €
Kontostand KSK Waiblingen	Kontoauszug Nr. 2016 / 119	49.142,68 €
Kontostand Volksbank Stuttgart	Kontoauszug Nr. 2016 / 119	243.303,68 €
Kontostand VR-Bank Weinstadt	Kontoauszug Nr. 2016 / 119	241.903,61 €
Kontostand Landesbank BW	Kontoauszug Nr. 2016 / 34	12.729,18 €
Tagesgeld KSK Waiblingen	Kontoauszug Nr. 2016 / 7	3.550.000,00 €
Tagesgeld Voba Stuttgart		0,00 €
Tagesgeld VR-Bank Weinstadt		0,00 €
Tagesgeld BW-Bank		0,00 €
Festgeldanlage		0,00 €
Schnittstelle PEWES		0,00 €
Summe		<u>4.097.333,00 €</u>
Schwebeposten		829.630,96 €
bereinigter Kassenistbestand		<u>4.926.963,96 €</u>

Kassensollbestand

Kassensollbestand 2015	4.011.215,13 €
Kassensollbestand 2016	<u>915.748,83 €</u>
Kassensollbestand gesamt	4.926.963,96 €

Kassensoll- und Kassenistbestand stimmen überein.

Der Kassenbestand wurde am 28.06.2016 in die Bücher des Jahres 2016 übernommen.

Nachrichtlich:

Gesamtkassenbestand der Stadt und der Eigenbetriebe
(soweit im ShV nachgewiesen)

Kassenbestand Stadt		4.011.215,13 €
Kassenbestand SWW	ShV 4.8150	252.732,33 €
Kassenbestand SEW	ShV 4.8700	<u>1.157.702,63 €</u>
		<u>5.421.650,09 €</u>



Anlage 3 Verzeichnis der Prüfberichte

Amt	Prüfungsgegenstand
AL+Stv.	Geschenkannahme 2014
10	Vorabkontrolle, Proxyserver, Vergabemanager
10	Benutzungsende von EDV-Programmen, Löschung von Programmen und zugehörigen Daten, Rücksprache mit betr. Ämtern, Archiv
10	Öffentlichkeit von Sitzungen, Sitzungsunterlagen, Vergabebeschlüsse
11	Reisekosten, Neue steuerliche Regelung; Fahrtenbuchabrechnungen, Halbjahr I/2015
11	Kassenabrechnung Bäder Stiftsbad; Freibad Beutelsbach; Freibad Strümpfelbach
12	Beutelsbacher Halle, Tontechnik, Ing.-Vertrag
20	Prüfung Bewertung für Eröffnungsbilanz Unbebaute Grundstücke – Ackerland Straßen, Spielplätze u. Grünflächen, Vorprüfung der Bewertungsmethoden
20	Vergnügungssteuer
20	Kassenprüfung unvermutet, Stadthauptkasse Ordnungsamt – Bußgeldstelle- (inkl. Vollzugsdienst) Ordnungsamt – Gewerbeamt Schulsozialarbeit Grundschulen Grundschule Endersbach Grundschule Schnait Reinhold-Nägele-Realschule Schulsozialarbeit Bildungszentrum Weinstadt Schulsozialarbeit Grundschulen Kernzeitbetreuung Beutelsbach Kommunales Kino Kindergarten Hauptstraße Kassenprüfung anlässlich Wechsel des Kassenverwalters, Kinderhaus Benzach Kinderhaus Zügernberg
23	Erschließungsvertrag Halde V, Ausschreibungspflicht
32	Verkehrsrechtliche Anordnung, Maßnahmen der Stadt und der Eigenbetriebe
50	Rechnung E-Check Prüfung der Verjährung
50	Offene Forderungen im Bereich Kinderbetreuung, Verfahren
50	Städtische Zuschüsse an Kindergarten freier Träger, Zeitraum 2011-2013
60	Kinderhaus Zügernberg, HOAI - Architektenvertrag, Schlusszahlung
61	Städtebauliche Sanierung Birkel-Areal, AZA 10 – AZA 12
61	Interkommunale Zusammenarbeit, Prüfstatik, Abrechnung 2014



-
- 65 Gemeindehalle Strümpfelbach, VOB, Verglasung, Schlussrechnung
- 65 Silcherschule (Sanierung), VOB, Nachtragsangebot Entsorgung Öltank
- 65 Energiemanagement, Abrechnung 2010 - 2013
- 65 Wasserhäusle, Aussichtsplattform, Architektenverträge
- 65 Remstal-Gymnasium, Sanierung N1-Bau, Angebotswertung
- 65 GTS Großheppach
Architektenverträge
Vergaben
- 65 Bildungszentrum, Nahwärmeversorgung, Jahresabrechnung 2014
- 65 Vergaberecht allgemein
Veröffentlichung nach § 9a RStV
Veröffentlichung beschränkte Ausschreibungen, 2015
Veröffentlichung vergebener Aufträge
- 66 Schulsportanlagen, Kleinspielfeld beim Bildungszentrum,
- 66 VOB, Lärmschutzwand Benzach V, Ausschreibungspflicht
- 66 Friedhöfe, Urnenstelen Strümpfelbach
HOAI
VOB
- 66 Friedhöfe, Urnenwand Beutelsbach
HOAI
- 66 Hochwasserrückhaltebecken Gunzenbach, Verwendungsnachweis
- 66 Hochwasserrückhaltebecken Schachen
- Schlussbericht, Örtliche Prüfung 2014, Stadt Weinstadt
- Prüfbericht, Örtliche Prüfung 2014, Stadtentwässerung
- Prüfbericht, Örtliche Prüfung 2014, Stadtwerke
- Abendgymnasium Unteres Remstal, Prüfung des Jahresabschlusses 2014,
- Remstal Route, Prüfung des Jahresabschlusses 2014
- Beihilfe- und Vergaberecht - Auswirkungen auf den Verein
- Ausländerbeirat, Prüfung des Zuschusses 2014,
- WeinStadtMarketing Verein, Prüfung des Jahresabschlusses 2014,
- Kassenprüfung, unvermutet, Wasserverband Endersbach-Rommelshausen
- Ziegeleistraße, HOAI-Vertrag, Kanal, Wasser, Nahwärme
- HOAI, Waldstraße, Entwurf Ingenieurvertrag
- WABE-Gebäude
HOAI, Architekten- und Ingenieurverträge
VOB, Vergabevermerk, Vorabankündigung, Dokumentation,
Wertung Nebenangebot, Nachtragsangebote
- Leistungsaustausch zwischen der Stadt und den Stadtwerken
- MZV, Abwicklung, Erlass RP Stuttgart